

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/147

Bonn, den 19. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Pankow bezieht "neue Linie". ----- "Trojanische Esel" jetzt im Bürgertum gesucht Von * * *	90
2	Ein bitterer Tag für den Westen ----- Peru und Persien in der Hand von Reaktionären Von Eberhard Dingels	33
3 - 4	"Internationale Studentenkonzferenz" ----- In Quebec prallten Ost und West aufeinander Von Dieter Bielenstein	82
5 - 6	Liechtenstein - Ersatz für Tanger? ----- Zwielicht um einen "Habsburg-Sender" Beunruhigende Aktivität der "Abendländer"	96

***** ZUR BEACHTUNG *****
In der Freitagausgabe (20. Juli 1962) veröffentli-
chen wir einen Vorschau-Artikel zum Abschluss des
Genfer L a o g-Abkommens, das am kommenden Mon-
tag unterzeichnet werden soll. Der Verfasser dieses
Artikels ist Erwin Brusnus K o c h.
Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markscheffel

Pankow bezieht "neue Linie"

"Trojanische Esel" jetzt im Bürgertum gesucht

Von * * *

Die Ostberliner SED-Führung ist jetzt wieder einmal dabei, die politische Taktik bei ihren Versuchen zu wechseln, in der Bundesrepublik Einfluss zu gewinnen. Nach aussen tritt das freilich noch nicht deutlich in Erscheinung. Im Gegenteil: das Beispiel der Rostocker Ostseewoche zeigte von neuem, wie man nach wie vor Wert darauf legt, den Anschein einer grösser werdenden Anhängerschaft unter den Bewohnern der Bundesrepublik zu erwecken. Diese Taktik ist auf dem Hintergrund des sogenannten "Nationalen Dokuments" zu sehen, in dem ausdrücklich festgelegt ist, die "Wiedervereinigung Deutschlands" und damit die Lösung der deutschen Frage sei nur dann möglich, wenn der "Sozialismus" auch in Westdeutschland gesiegt hat.

Was gestern richtig war, ist heute falsch

Wenn Pankow auch diese propagandistische Taktik niemals aufgeben kann, so liegen heute aber Anzeichen dafür vor, dass die SED-Führung in Wirklichkeit den Wert ihrer Deklarationen ausserordentlich gering einschätzt. In letzter Zeit war festzustellen, dass man in Pankow die noch immer laut gepriesene ideologische Infiltrationspropaganda in Westdeutschland zugunsten einer anderen Taktik abzuschreiben beginnt. Man hat ohne Zweifel erkannt - ohne es freilich offen eingestehen zu können - dass die Kommunisten in der Bundesrepublik eine kaum beachtete Splittergruppe geworden sind und dass der Zonen-"Sozialismus" unter der breiter Masse der Arbeiterschaft nicht mehr die geringste Attraktivität besitzt.

Nur so wird verständlich, dass seit Anfang Juli für die Arbeit der kommunistischen "Nationalen Front" die Funktionäre die Direktive ausgeben, es sei falsch, Besucher aus Westdeutschland in Gesprächen für den "Sozialismus" gewinnen zu wollen. Entscheidend sei vielmehr die Lösung der Aufgabe, auch die Bevölkerung Westdeutschlands für eine "friedliche Politik" zu gewinnen, ihr die angeblich durch die Politik der Bonner Parteien entstandene Gefährdung des Friedens klar zu machen.

Man spekuliert jetzt auf Furchtkomplexe

Die SED-Führung verspricht sich offenbar grössere taktische Beeinflussungserfolge unter der Bevölkerung der Bundesrepublik, wenn sie die allgemeine politische Situation in ihrem eigenen Sinne mit der Absicht interpretiert, gewisse politische Ermüdungserscheinungen und Furchtkomplexe, die die Kommunisten in der Bundesrepublik zu sehen glauben, für ihre Zwecke auszunutzen. Die Spannungen zwischen West und Ost wie auch gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich zur Zeit in Westdeutschland abzeichnen, dienen der neuen kommunistischen Taktik der "friedlichen Politik" als Hintergrund. Im Grunde genommen steckt hinter

der mit dieser Taktik verbundenen Spekulation auf eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in Westdeutschland die alte kommunistische These, jedes nichtkommunistische Regime müsse durch unabwendbare Zykluskrisen seinem Untergang entgegengehen.

- * Es ist sehr interessant zu beobachten, dass Pankow neuer-
- * dings alle Erklärungen Dr. Adenauers und Professor Erhards
- * über die Notwendigkeit der Preisstabilisierung aufmerksam
- * registriert und unter Bezugnahme auf Warnungen zur Wirt-
- * schafts- und Finanzpolitik aus den Kreisen der Bundesregie-
- * rung den "Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen
- * Thesen" vom angeblichen Zusammenbruch des Kapitalismus her-
- * leitet.

"Nationale Konföderation"

Der Lockköder der "friedlichen Politik" wird von Pankow gleichzeitig mit dem Vorschlag zur Bildung einer "nationalen Konföderation" präsentiert, die sich unter den Signum der von Moskau gepredigten "Koexistenzpolitik" nach den Pankower Plänen zersetzend auswirken müsste.

Die kommunistischen Strategen in Ostberlin kalkulieren dabei nicht ohne Grund auf Schwierigkeiten, mit denen sie vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet im Westen rechnen. Da die SPD-Führung erkannt hat, dass die westdeutsche Arbeiterschaft niemals für den "Socialismus" sowjetzonalen Erügang gewonnen werden kann, also eine ideologische Eroberung der Volksmasse nicht möglich ist, versucht sie mit primitiver Zersetzungspropaganda zum Zuge zu kommen. Diese vagen, aber auch aussichtslosen Überlegungen sind das, was Pankow mit seiner Taktik der "friedlichen Politik" verbindet.

Infiltrationsversuch beim Bürgertum

Es ist sicher kein Zufall, dass zum gleichen Zeitpunkt, als die Funktionäre der "Nationalen Front" die neue Direktive erhielten, das Politbüro-Mitglied M a t e r n auf der SPD-Bezirksdelegiertenkonferenz der "Nationalen Volksarmee" in Rostock die Katze aus dem Sack liess, als er erklärte, "friedlicher Wettbewerb" und "Koexistenzpolitik" heisse: in der Sowjetzone "Stärkung des Arbeiter- und Bauernstaates mit allen Mitteln", in Westdeutschland aber "harter Klassenkampf mit vielen Demonstrationen, mit Streiks und grossen Massenbewegungen".

Die Abkehr Pankows von den bisherigen Versuchen, die Bevölkerung Westdeutschlands zum SPD-Socialismus zu bekehren, spekuliert ohne Zweifel auch auf bessere Einflussmöglichkeiten in den Kreisen des westdeutschen Bürgertums. Man rechnet ohne Zweifel mit der Anfälligkeit für "nationalpolitische Parolen". Schliesslich ist in diesem Zusammenhang auch sicherlich nicht ohne Bedeutung, dass die Ost-CDU erst dieser Tage als Sprecher der "Nationalen Front" den "antifaschistisch-demokratischen Block" aller politischen Kräfte wieder in Erinnerung ruft, der schon einmal unter Vorpiegelung "gemeinsamer nationaler Interessen und Aufgaben" in bürgerlichen Kreisen der Sowjetzone zu einer wirksamen Plattform für kommunistische Infiltrationsversuche geworden war. Die Nutzenanwendung dieser Erfahrungen will Pankow jetzt offensichtlich auch gegenüber dem westdeutschen Bürgertum versuchen.

Ein bitterer Tag für den Westen

Von Eberhard Dingels

Zwei Ereignisse bestimmen zur Zeit den Gang der Politik soweit ihn die westliche Welt beeinflussen kann. In P e r u hat eine Gruppe reaktionärer Offiziere die Macht an sich gerissen und dem Sieger des Wahlkampfes, Haya de la Torre, den Weg zur legalen Regierungsbildung versperrt. In P e r s i e n zwang die Gruppe der reichen Großgrundbesitzer den reformfreudigen Ministerpräsidenten Dr. Amini zum Rücktritt. Es sollte allen Beteiligten klar sein, daß diese Vorgänge die Politik der westlichen Welt auf eine harte Probe stellen.

Im Falle Perus hat die amerikanische Regierung mit Tatkraft und Umsicht ihre Maßnahmen ergriffen, die zur Aufhebung der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Lima führten. Damit hat die Vormacht der Freien Welt erneut eindeutig ihre Einstellung gegenüber diktatorischen Regimen demonstriert. Präsident John F. Kennedy, der im vergangenen Jahr das großartige Projekt der "Allianz für den Fortschritt" für Lateinamerika entwarf, ist entschlossen, diese Form der Partnerschaft nur mit den Staaten durchzuführen, die sich für den demokratischen und sozialen Fortschritt erklärt haben. Der amerikanische Präsident darf versichert sein, daß alle demokratischen Organisationen in der ganzen Welt seine Maßnahmen im Falle Peru unterstützen.

Von ähnlicher Bedeutung dürfte die weitere Entwicklung in Persien sein. Wenn Ministerpräsident Amini erklärte, daß sein Reformprogramm auf Grund mangelnder amerikanischer Hilfe nicht durchgeführt werden konnte, so weiß jeder, daß er diese Worte unter Zwang sprechen mußte. Nicht die Amerikaner haben den sozialen und demokratischen Fortschritt in Persien gehindert, sondern eine reaktionäre Gruppe einflußreicher Großgrundbesitzer, die nicht einmal davor zurückschreckten, mit der Sowjetunion und den Kommunisten zu liebäugeln, um ihre speziellen Privilegien zu sichern.

Die gesamte Freie Welt sollte aus diesen Vorgängen die Konsequenzen ziehen und stärker als bisher der sehr überlegten Politik der amerikanischen Regierung in diesen Fragen folgen.

"Internationale Studentenkonferenz"

Von Dieter Bielenstein

Das totalitäre Ulbricht-Regime in Mitteldeutschland, die Errichtung der Mauer in Berlin, und die ständigen Verletzungen der Menschenrechte durch die FDJ wurden Anfang Juli von der Internationalen Studentenkonferenz in Quebec/Kanada einstimmig verurteilt, wie die jetzt zurückgekehrte Delegation des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Bonn berichtete. "Jede Lösung des Deutschlandproblems muß auf dem Prinzip der Wiedervereinigung in Freiheit basieren", erklärten die nationalen Studentenverbände der freien Welt, nachdem sie den Bericht einer Untersuchungskommission über die Situation in Mitteldeutschland entgegengenommen hatten.

Dieses Ergebnis ist nicht ohne politisches Gewicht, waren doch auf der Konferenz 320 Delegierte der Studentenorganisationen aus 89 Nationen vertreten. Dennoch:

"Nur wenige der Studenten in den Verbandsspitzen im Ausland kennen unsere Probleme, kaum einer macht sich konkrete Vorstellungen von der Lage Berlins. Der normale Student an einer beliebigen Universität ist uninformiert."

Diese Feststellung des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften klingt besorgt. Die FDJ überschwemmt die Hochschulen in aller Welt mit Propagandamaterial, schickt "Freundschaftsdelegationen" auf die Reise und läßt vor allem aus neutralen Ländern Besucher ein, die dann - gut abgelenkt - ein rosiges Bild der mitteldeutschen Hochschulen zu erkennen glauben. Der kommunistisch gelenkte Weltstudentenbund in Prag unterstützt sie dabei mit Kampagnen, Publikationen, Seminaren und Erklärungen, in denen der Tenor des jeweiligen diplomatischen Spiels in Moskau unverkennbar zutage tritt.

Noch umfaßt die Internationale Studentenkonferenz die Mehrheit der Studentenv Verbände, neben den westlichen Organisationen gehören ihr 49 Entwicklungsländer an. Doch der vom Ostblock geführte Weltstudentenbund zählt ebenfalls die Vertreter von 24 Entwicklungsländern zu seinen Mitgliedern, 8 weitere Verbände - so die Nordafrikaner - assoziierten sich ihm. Eine Reihe der Studentenschaften aus Entwicklungsländern gehört beiden Zusammenschlüssen gleichzeitig an. Der Präsident der nationalen Studenten-Union von Nigeria ist Präsidiumsmitglied des Weltstudentenbundes und zugleich Mitglied im leitenden Gremium der Internationalen Studentenkonferenz.

Es wäre falsch, die jungen Intellektuellen in Lateinamerika, Asien oder Afrika schlechthin als Kommunisten abzustempeln. Die

Skala ihrer politischen Anschauungen reicht vielmehr von einem extremen Nationalismus über den Neutralismus bis zum dogmatischen, jedoch nicht moskauhörigen Marxismus. Unverkennbar finden sich aber auch militante Kommunisten unter ihnen, denen mancher taktische Zug gelingt, indem sie Vorbehalte und Ressentiments gegen den Westen zu nutzen verstehen.

Auf der Internationalen Studentenkonzferenz in Quebec führten diese latenten Spannungen jetzt erstmals zu einem Bruch. Aus wichtigem Anlaß - die Konferenz lehnte aus guten Gründen die Aufnahme des Studentenverbandes von Puerto Rico ab - zogen die Vertreter von 31 Nationen, überwiegend der Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas, unter Protest aus der Konferenz aus. Der eigentliche Grund dafür ist in der Weigerung der westeuropäischen und nordamerikanischen Studentenorganisationen zu finden, mit den Studentenschaften des Ostblocks im Sinne kommunistischer "Koexistenz" gemeinsame Projekte durchzuführen. Zu oft machte man in den vergangenen Jahren die Erfahrung, daß die kommunistischen Studentenvertreter diese Gelegenheit nur für Infiltration und Propaganda zu nutzen suchten.

Die Konferenz ließ sich in ihrer Arbeit nicht beirren. Eine Reihe praktischer Hilfsmaßnahmen für den Ausbau des Hochschulwesens in Entwicklungsländern, für den studentischen Gesundheitsdienst, für eine Kampagne gegen den Analphabetismus in Bolivien und für die Erwachsenenbildung in Südafrika wurden beschlossen. Flüchtlingsstudenten aus dem Kongo, aus den portugiesischen Kolonien, aus Südafrika, Algerien und China sollen unterstützt werden. Politische Resolutionen wandten sich gegen die Unterdrückung der Freiheitsrechte im Iran sowie gegen jede Form des Neokolonialismus. Dem Verband Deutscher Studentenschaften wurde die Aufgabe zugewiesen, ein mehrwöchiges Seminar für Studentenvertreter aller afrikanischen Länder über soziale Selbsthilfe zu veranstalten.

Die unter Protest ausgezogenen Studentenorganisationen werden künftig trotzdem im Rahmen der Konferenz und ihres ständigen Sekretariats wieder mitarbeiten, wie sie erklärten. Dennoch zeigte sich, daß unter den jungen Intellektuellen der Entwicklungsländer heftige politische Gärungsprozesse im Gange sind. Sie als Kommunisten zu disqualifizieren ist ebensowenig angebracht, wie das Feld tatsächlich den Kommunisten zu überlassen. In mehr als einem Falle erwies sich in den letzten Jahren, daß die Studentenfürher von heute die führenden Politiker von morgen in den Entwicklungsländern sind.

+ + +

Liechtenstein - Ersatz für Tanger?

Vor einiger Zeit ist in Tanger ein Kurzwellensender demontiert, eingelagert und zum Verkauf angeboten worden. In der Presse wurden in der Folge zwei Gruppen von Interessenten für das verhältnismäßig neue und leistungsfähige Übermittlungsmaterial genannt: Einerseits internationale protestantische Kreise, die durch den Erwerb der Kurzwellenanlage von Tanger den Gedanken eines "internationalen protestantischen Senders" zu verwirklichen hoffen; dessen Standort wäre in der Schweiz zu suchen. Diese Gruppe scheint jedoch gegenüber einer anderen Gruppe ins Hintertreffen geraten zu sein: Extrem konservativ-monarchistische Kreise, die sich in Madrid (!) unter dem schönen Namen "Abendländisches Dokumentationszentrum" etabliert haben, möchten den Tanger-Sender erwerben und im Fürstentum Liechtenstein aufstellen. Obwohl über den Stand der Verhandlungen vornehmste Zurückhaltung geübt wird, verlauten aus Madrid doch einige Tatsachen, die in Österreich einige Beunruhigung ausgelöst haben: Das Madrider "Dokumentationszentrum" verfügt offenbar über beachtliche, von Franco-Seite stammende Finanzmittel und scheint mit den Verhandlungen über den Kauf der Sendeanlage bereits weit vorangekommen zu sein. Mitglied des Madrider konservativen Klüngels ist Franz-Josef, Fürst von Liechtenstein, und man rechnet mit der Erstellung des Senders in Liechtenstein.

Mißtrauen in Österreich

Aufgabe des Senders aber soll die "Stärkung des Bewußtseins der Einheit des christlichen Abendlandes" sein - und da ist man nun in unserem Nachbarlande Österreich mißtrauisch geworden: Denn unter der Marke "christlich-abendländisches Bewußtsein" sollen - wenn blaublütige Konservative sie auf den Markt bringen - offenbar handfeste reaktionäre "Zeit- und Kulturkritik", weltpolitische Augenauswischerei (in ignorant-antikommunistischer Form) und offene monarchistische Propaganda verkauft werden. Und vollends versteht man das österreichische Mißtrauen, wenn man weiß, daß der Boß des Madrider Zentrums - dessen Filialen sich überall in Europa als "abendländische" Klubs und "Akademien" installiert haben, um von den gegenwärtigen reaktionär-restaurativen Strömungen zu profitieren - niemand anderes ist als der österreichische "Kronpräsident" Otto von Habsburg. In der sozialdemokratischen "Wiener Arbeiterzeitung" wird das Liechtensteiner Unternehmen der Madrider Exzellenzen offen als "blaublütige Verschwörung" bezeichnet, wobei Habsburg - der durch seine hoffnungslos überholten Thron- und Altar-Konzeptionen (plus natürlich einer "organisch-christlichen Demokratie"!) bekannt ist - Europa mit reaktionärer Propaganda zu "berieseln" gedenke. Ähnlich tönt es aus anderen österreichischen Zeitungen. Denn gerade in der Republik Österreich als einem neutralen europäischen Grenzlande weiß man wohl, daß in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vor allem soziale Taten, sachliche Aufklärung und fortschrittliche Konzeptionen not tun - und nicht mittelalterlich-feudalere Mummenschanz auf kurzer Welle...

Schweiz und Liechtenstein

Das Zwielficht um den "Habsburg-Sender" - denn das soll die "christlich-abendländische" Uralt-Kurzwele ja wohl werden - hat auch im Schweizer Bundeshaus ein Echo ausgelöst. Offiziell lehnt man im Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement zwar jeden Kommentar zu den Habsburg-Umtrieben ab. Konkret sei auch noch wenig bekannt. Staatsvertragsrechtlich

jedoch seien Differenzen mit dem Fürstentum Liechtenstein zu erwarten, sofern dort offiziell an die Erstellung eines Senders gegangen werden sollte. Im Bundeshaus verweist man nämlich auf das Übereinkommen vom 10. November 1920 "zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der fürstlich liechtensteinischen Regierung betreffend die Besorgung des Post-, Telegrafien- und Telefondienstes im Fürstentum Liechtenstein, durch die schweizerische Postverwaltung und die schweizerische Telegrafien- und Telefonverwaltung". Mit diesem Übereinkommen wurde "in Geiste altnachbarlicher Freundschaft" (Präambel) abgemacht, daß Liechtenstein sich in allen Belangen der PTT der Eidgenossenschaft unterstellen wolle.

Die schweizerischen Juristen haben eh und je den PTT-Vertrag mit Liechtenstein so interpretiert, daß derselbe sich auch auf Radio und Fernsehen erstrecke, d.h. auf die "Übermittlung von Bildern und Zeichen sowie Worten", womit der Bundesrat als Konzessionsbehörde für Radio und Fernsehen auch auf liechtensteinischem Boden zuständig wäre. Ein neuer Sender in Liechtenstein dürfte demnach nur auf Grund einer eidgenössischen Konzession erstellt werden.

In Liechtenstein ist diese juristische Argumentation nie bestritten worden - bis heute, da im Fürstentum inoffiziell erklärt wird, die eidgenössische Gesetzgebungshoheit erstrecke sich in Liechtenstein nur auf die eigentlichen Post- und TT-Aufgaben, nicht aber auf Radio- und Fernsehen, von denen 1920 (zur Zeit der Ratifikation des Übereinkommens) kaum die Rede gewesen sei. Offiziell haben Fürst und Regierung von Liechtenstein noch nicht Stellung bezogen. Man erwartet indessen im Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement, daß die Eidgenossenschaft vor einer auffälligen Inangriffnahme des Senderbaues in aller Form orientiert würde. Dann allerdings würde - so wird im Bundeshaus betont - mit allem Nachdruck der schweizerische Rechtsstandpunkt in dieser Frage geltend gemacht werden. Die Einrichtung eines ausgesprochen monarchistisch-politischen Propagandasenders in einem Territorium, für dessen PTT-Belange sich die Schweiz als zuständig und verantwortlich betrachtet, wäre für den Bundesrat ein nicht unwichtiges außenpolitisches Problem. Was aber geschieht, wenn Liechtenstein sich der schweizerischen Auffassung nicht anschließt?

Anrufung eines Schiedsgerichts

Dann würde der Artikel 20 des Übereinkommens angewendet. Er lautet: "Streitfragen die sich auf die Auslegung des gegenwärtigen Übereinkommens beziehen, sollen, sofern sie nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, einem Schiedsgericht zur Beurteilung unterbreitet werden. Tritt dieser Fall ein, so wählt jede der vertragschließenden Parteien einen Schiedsrichter. Wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Streitfrage nicht einigen können, so bestellen sie selbst einen Obmann."

Nun, so weit ist "man" noch nicht. Es ist angesichts der herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Kleinstaaten Schweiz und Liechtenstein anzunehmen, daß das Dossier "Habsburg-Sender" wird klassiert werden können. Bis dahin verfolgt man im Bundeshaus die Angelegenheit mit Interesse. Und der Chef des Hauses Habsburg findet vielleicht inzwischen ein anderes, günstigeres Plätzchen für seine schwarze Kurzwelle. Vielleicht in abendländischen Madrid.

(entnommen der "Berner Tagwacht vom 16. Juli 1962")